



DIE SCHWEIZ UND DIE WELT LA SUISSE ET LE MONDE LA SVIZZERA E IL MONDO

4/1991

EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN
DEPARTEMENT FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES
DIPARTIMENTO FEDERALE DEGLI AFFARI ESTERI



«Adhérer à la CE, c'est avoir confiance dans la Suisse et ses institutions.»
«Der EG beitreten heisst, in die Schweiz und ihre Institutionen vertrauen.»

Europadelegierte
in den Kantonen

La Suisse
et les non alignés

Il nuovo ruolo
del Consiglio d'E



Impressum

«Die Schweiz und die Welt» erscheint viermal im Jahr
«La Suisse et le monde» paraît quatre fois par an

Herausgeber / Editeur:

Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten / Département fédéral des affaires étrangères
Presse und Information / Presse et information
3003 Berne
Tél.: 031/61 30 21

Autoren/Auteurs:

Ingrid Apelbaum
Lucius Cafilich
Claude-Georges Ducret
Marianne von Grünigen
Carlos Orga
Erwin Schurtenberger
Pierre-Yves Simonin

Walter Froehlich
Evelyn Kobelt

Fotos/Photos:

Hiltbold
Keystone
Rieben
Murat

9.91 6000 A53073

Umschlagbild / Page de couverture:
Keycolor

EDITORIALE	1
EDITORIAL	2
EDITORIAL	3
NON ALLIGNÉS / BLOCKFREIE STAATEN / PAESI NON-ALLINEATI	
Représentant du Sud face au Nord	4
Vertreter südlicher Länder bei den nördlichen	6
Rappresentante del Sud nei confronti del Nord	8
ENVIRONNEMENT / UMWELT / AMBIENTE	
Le «Sommet de la Terre» à Rio	9
Der «Erdgipfel» in Rio	10
Il «Vertice della Terra» a Rio	11
EUROPE / EUROPA / EUROPA	
René Felber: «Adhérer à la CE, c'est avoir confiance dans la Suisse et ses institutions»	12
René Felber: «Der EG beitreten heisst, in die Schweiz und ihre Institutionen vertrauen»	14
René Felber: «Aderire alla CE, significa aver fiducia nella Svizzera e nelle sue istituzioni»	16
Europadelegierte in den Kantonen: Viel Arbeit für ein kurzes Jahr ..	17
Délégués européens dans les cantons: beaucoup de travail pour une petite année	20
Delegati europei nei cantoni: molto lavoro per un breve anno	23
EUROPARAT / CONSEIL DE L'EUROPE / CONSIGLIO D'EUROPA	
Ein neuer Platz für den Europarat	24
La nouvelle place du Conseil de l'Europe	26
Il nuovo ruolo del Consiglio d'Europa	27
EIN BOTSCHAFTER SCHREIBT UNS / LETTRE D'UN AMBASSADEUR LETTERA DI UN AMBASCIATORE	
Brief aus Beijing (Peking): Anders denken, aber doch verstehen	28
Message de Beijing (Pékin): Se comprendre malgré deux modes de pensée différents	30
Messaggio di Beijing (Pechino): Capirsi, nonostante due diversi modi di pensare	32
KSZE / CSCE / CSCE	
Diskussion über die menschliche Dimension	33
Droits de l'homme consolidés	35
Diritti dell'uomo consolidati	36
ENVIRONNEMENT / UMWELT / AMBIENTE	
Intérêts suisses dans l'Antarctique	37
Die Antarktis interessiert die Schweiz	40
Interessi svizzeri nell'Antartico	42
MITTEL- UND OSTEUROPA / EUROPE CENTRALE ET ORIENTALE EUROPA CENTRALE E ORIENTALE	
Hilfe für die ehemaligen Ostblockländer: die dritte Herausforderung	43
Aide aux pays de l'ancien bloc de l'Est: le troisième défi	45
Aiuto ai paesi dell'ex-blocco dell'Est: la terza sfida	47

Non allignés 4



Le Mouvement des pays non alignés est entré dans une phase de transition: avec la disparition des deux grands blocs, il devra assumer de nouvelles tâches, notamment celle de représenter le Sud face au Nord. La Suisse, hôte fidèle de ces réunions, ne peut être qu'intéressée à ce forum du tiers monde.

EUROPA 17



Die Vorgaben sind gegeben: In einem Jahr stimmen wir über den EWR-Beitritt ab. Den Europa-Dienststellen in den Kantonen bleibt wenig Zeit, die rechtlichen Folgen auf Kantonsebene auszumachen und gleichzeitig ihren Informationsauftrag zu erfüllen.

EUROPARAT 24



Politische Turbulenzen haben einer 40jährigen Konfrontation und Ost-West-Spaltung ein Ende gesetzt. Die neue politische Landschaft, die sich in Europa abzeichnet, wird eine Neudefinition der Rolle verschiedener Institutionen nach sich ziehen. Die Berufung des Europarats scheint in erster Linie gesamteuropäisch zu sein.

Umwälzung auf dem alten Kontinent

Ein neuer Platz für den Europarat

Von Ingrid Apelbaum

Traduction page 26/Riassunto pagina 27

Politische Turbulenzen haben einer 40jährigen Konfrontation und Ost-West-Spaltung ein Ende gesetzt. Die neue politische Landschaft, die sich in Europa abzeichnet, wird eine Neudefinition der Rolle verschiedener bestehenden Institutionen nach sich ziehen. In diesem neuen Europa scheint die Berufung des Europarats in erster Linie gesamt-europäisch zu sein, besteht doch seine erste Aufgabe darin, die neuen Demokratien in Mittel- und Osteuropa zu integrieren.

Eine erste Bemerkung drängt sich auf: Ohne eine Entwicklung der demokratischen Reformen und diesbezügliche Fortschritte in den ost- und mitteleuropäischen Ländern können die Beziehungen und die Zusammenarbeit zwischen den zwei Teilen des Kontinents nicht auf- und

ausgebaut werden. Man stellt fest, dass die vom Europarat geschützten Werte – Menschenrechte, demokratische Gesellschaft, individuelle Freiheiten – heute die gemeinsame Referenz für die europäische Einheit und die Grundlage für die künftige Zusammenarbeit darstellen. Ge-

stern noch standen diese Prinzipien im Zentrum von heftigen Ost-West-Kontroversen.

Schweizer Initiativen

Der Europarat hat sich 1989 mit den ersten Emanzipationsbewegungen den reformwilligen Ländern geöffnet. Rasch wurden Programme für gemeinsame Projekte ausgearbeitet, wobei die Hauptanstrengungen natürlich der Unterstützung der Gesetzes- und Verfassungsreformen sowie der Förderung der Menschenrechte gegolten haben.

Die Schweiz beteiligt sich aktiv an diesen Aktionen und unterstützt die Mission des Europarats, die gegenwärtig als eine der wichtigsten betrachtet werden kann. Deshalb wurde 1990 beschlossen, einen ausserordentlichen Beitrag von einer Million Schweizer Franken für ein Zusatzprogramm zur Unterstützung der demokratischen Reformen zu leisten.

Aufgrund einer parlamentarischen Initiative hat der Bundesrat einer Erhöhung um zehn Prozent des Schweizer Jahresbeitrags zum Budget des Europarates zugestimmt, um dessen Aktivität zu fördern. In der Parlamentarischen Versammlung in Strassburg ist es zudem das Verdienst der Schweizer Delegation – und insbesondere jenes von Nationalrat Peter Sager –, dass schon im Frühjahr 1989 ein Statut für besondere Gäste geschaffen wurde. Diese wichtige Mass-



Fotos: Keystone

Ingrid Apelbaum, Abteilungschef des Europaratsdienstes, diplomatischer Adjunkt, EDA

Ingrid Apelbaum, Chef du service du Conseil de l'Europe, Adjoint diplomatique, DFAE

Parlamentarische Versammlung in Strassburg: «Es ist das Verdienst der Schweizer Delegation – und insbesondere jenes von Nationalrat Peter Sager –, dass schon im Frühjahr 1989 ein besonderes «Gäste-Statut» für die früheren Ostblock-Staaten geschaffen wurde.»

Assemblée parlementaire de Strasbourg: «C'est à la délégation suisse – en particulier au conseiller national Peter Sager – que revient le mérite d'avoir créé, dès le printemps 1989, le «Statut d'invité spécial» pour les anciens pays du bloc communiste.»

In diesem neuen Europa scheint die Berufung des Europarats in erster Linie gesamteuropäisch zu sein, besteht doch seine erste Aufgabe darin, die neuen Demokratien in Mittel- und Osteuropa zu integrieren.

Conseil de l'Europe, Strasbourg: «Dans cette nouvelle Europe, la vocation du Conseil de l'Europe paraît essentiellement paneuropéenne, sa tâche première consistant à intégrer les nouvelles démocraties d'Europe centrale et orientale.»



nahme erlaubte es, die Versammlungen des Europarates den parlamentarischen Delegationen der Reformländer zu öffnen, und das, sobald erste freie Wahlen durchgeführt wurden. Mit dem Beitritt von Ungarn (November 1990), der ČSFR (Februar 1991) und von Polen (dem 26. Mitglied seit November 1991) trägt der Europarat dazu bei, die mittel- und osteuropäischen Länder nach und nach in die europäische Zusammenarbeit zu integrieren. Andere Beitritte werden in nächster Zeit folgen: jener Bulgariens, und vermutlich auch jener der baltischen Republiken.

Beziehungen zu EG und KSZE

Künftig spielt der Europarat in der neuen europäischen Architektur die Rolle einer Organisation mit gesamteuropäischer Berufung, die bei der Einrichtung stabiler demokratischer Strukturen in den Ländern Mittel- und Osteuropas behilflich ist und zu ihrer unwiderruflichen Integration in das neue demokratische Europa beiträgt. Zwingendermassen definiert sich diese Rolle in einer ergänzenden Beziehung zu anderen europäischen Organisationen, insbesondere der EG und der KSZE.

Während die EG für die neuen Demokratien immense Hoffnungen beinhaltet, bleibt sie ihnen noch für viele Jahre verschlossen. Die Strassburger Organisa-

tion stellt damit eine erste, notwendige Etappe auf dem Weg zur europäischen Integration dar; sie bietet einen «demokratischen Pass» an und einen Rahmen für die Zusammenarbeit zwischen den Regierungen bei der gemeinsamen Suche nach Lösungen für die gegenwärtigen Probleme der Gesellschaft: Verschmutzung, Drogen, Kriminalität, Völkerwanderung usw., um nur einige in den mittel- und osteuropäischen Ländern besonders bedeutsame Beispiele zu nennen.

Was die KSZE betrifft, so ist die gegenseitige Ergänzung mit dem Europarat klar in der menschlichen Dimension ersichtlich, in Bereichen wie den demokratischen Institutionen, den Grundfreiheiten und der Kultur, in denen sich der Europarat über bedeutende Errungenschaften und Erfahrungen ausweist. Die Schweiz hat eine Entwicklung dieser ergänzenden Tätigkeit immer sehr positiv beurteilt.

Schweizer Präsidium

In dieser für den Europarat äusserst wichtigen Phase ist die Schweiz berufen, den Vorsitz im Ministerkomitee zu übernehmen. Anlässlich der Neudefinition ihrer Rolle hat die Organisation nämlich in mehreren wichtigen Aktionsebenen Revisionen eingeleitet.

So ist das kulturelle Abkommen, das bereits heute 30 Mitgliedsstaaten zählt und weitgreifende Zusammenarbeitsbereiche abdeckt, Gegenstand einer vertieften Überprüfung. Seine Funktionstüchtigkeit soll den heutigen Anforderungen und der immer grösser werdenden Mitgliederzahl angepasst werden. Ein anderes Dossier, das gegenwärtig überarbeitet wird, ist jenes der Europa-Konferenz der Gemeinden und Regionen (CPLRE). Dieses Instrument für die Zusammenarbeit zwischen lokalen und regionalen Behörden in Europa ist bereits 1957 einberufen worden. Gegenwärtig ist eine Reform nötig geworden, um den Regionen in diesem Forum, das von Anfang an von den Gemeindebehörden dominiert wurde, mehr Raum zu schaffen.

Schliesslich muss noch die Arbeitsgruppe erwähnt werden, die von unserem Botschafter in Strassburg präsiert wird: Sie hat den Auftrag, die Statuten unter Berücksichtigung der Rolle, die der Europarat im neuen europäischen Kontext spielt, und des Platzes, den er einnimmt, einer Überprüfung – oder gegebenenfalls einer Revision – zu unterziehen. Während des halbjährigen Vorsitzes der Schweiz (26. November 1991 bis 7. Mai 1992) sollen diese für die Zukunft der Organisation wichtigen Dossiers behandelt werden.

Bundesrat René Felber hat besondere Akzente dieses Präsidiums auf die Beziehungen zwischen dem Europarat und den Vereinigten Staaten und die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen dem Europarat und der KSZE gesetzt, wobei die zwei Zielsetzungen verbunden sind. Der Chef unserer Diplomatie hat denn auch beschlossen, zu Beginn des kommenden Jahres gemeinsam mit der Generalsekretärin des Europarates, Frau Lalmière, nach Washington zu reisen, um ein positives Interesse zu wecken und sogar eine Unterstützung für die Strassburger Organisation zu bewirken. Dieser Besuch während der Dauer des Schweizer Präsidiums im Europarat wird zweifellos einen Höhepunkt darstellen.

La nouvelle place du Conseil de l'Europe

par Ingrid Apelbaum

Après les bouleversements politiques qui ont mis fin à quelque 40 ans de confrontation et de division Est-Ouest, le nouveau paysage politique qui se dessine en Europe appelle une redéfinition du rôle des différentes institutions en présence. Dans cette nouvelle Europe, la vocation du Conseil de l'Europe paraît essentiellement paneuropéenne, sa tâche première consistant à intégrer les nouvelles démocraties d'Europe centrale et orientale.

Une première remarque s'impose. Les relations et la coopération qui renaissent entre les deux parties du continent posent, pour condition préalable, le développement et les progrès des réformes démocratiques dans les pays d'Europe centrale et orientale. On constate donc que ce sont les valeurs défendues par le Conseil de l'Europe – les droits de l'homme, la société démocratique, les libertés individuelles – qui constituent aujourd'hui la référence commune de l'unité européenne et la base de la coopération future. Hier encore, ces principes étaient au centre des vives controverses Est-Ouest.

Initiatives suisses

Dès les premiers mouvements d'émancipation en 1989, le Conseil de l'Europe s'est ouvert aux pays réformateurs. Des programmes de coopération ont rapidement été mis sur pied, le principal effort portant évidemment sur l'assistance aux réformes législatives et constitutionnelles, ainsi que sur la promotion des droits de l'homme.

La Suisse participe activement à ces actions et soutient cette mis-

sion du Conseil de l'Europe, que nous considérons actuellement de la plus haute importance. C'est pourquoi, il a été décidé, en 1990, de verser une contribution extraordinaire d'un million de francs suisses pour financer un programme supplémentaire d'assistance aux réformes démocratiques.

D'autre part, le Conseil fédéral a accepté, sur une initiative parlementaire, d'augmenter de 10% la contribution annuelle de la Suisse au budget du Conseil de l'Europe, pour soutenir son action. Par ailleurs, au niveau de l'Assemblée parlementaire de Strasbourg, il y a lieu de rappeler que c'est à la délégation suisse – en particulier au conseiller national Peter Sager – que revient le mérite d'avoir créé, dès le printemps 1989, le «Statut d'invité spécial». Cette importante mesure a permis d'ouvrir l'Assemblée du Conseil de l'Europe aux délégations parlementaires des pays réformateurs, dès la tenue des premières élections libres.

Avec l'adhésion de la Hongrie (novembre 1990), de la République fédérative tchèque et slovaque (février 1991) et de la Pologne (26^e Etat membre depuis novembre 1991), le Conseil de l'Eu-

rope contribue à intégrer progressivement les pays d'Europe centrale et orientale dans la coopération européenne. D'autres adhésions suivront prochainement: celle de la Bulgarie, puis probablement des Républiques baltes.

Relations avec la CE et la CSCE

Le rôle du Conseil de l'Europe dans la nouvelle architecture européenne se présente, dès lors, comme celui d'une organisation à vocation paneuropéenne, qui apporte son assistance à l'instauration de structures démocratiques stables dans les pays d'Europe centrale et orientale et contribue à leur intégration irréversible dans la nouvelle Europe démocratique. Ce rôle se définit nécessairement dans une relation de complémentarité avec d'autres organisations européennes, notamment la CE et la CSCE.

Tandis que la CE représente pour les nouvelles démocraties d'immenses espérances, elle leur demeure inaccessible pour de très nombreuses années encore. L'Organisation de Strasbourg constitue donc une première étape nécessaire sur le chemin de l'intégration européenne; elle offre «un passeport démocratique» et un cadre de coopération intergouvernementale adéquat pour la recherche en commun de solutions aux problèmes actuels de nos sociétés: la pollution, la drogue, la criminalité, les migrations, etc., pour ne citer que quelques exemples particulière-



«Le semestre de présidence suisse (26 novembre 1991 au 7 mai 1992) sera en charge de dossiers importants pour l'avenir de l'Organisation.»

«Während des halbjährigen Vorsitzes der Schweiz (26. November 1991 bis 7. Mai 1992) werden für die Zukunft der Organisation wichtige Dossiers behandelt.»

ment significatifs dans les pays d'Europe centrale et orientale. Quant à la CSCE, la complémentarité avec le Conseil de l'Europe apparaît clairement dans la dimension humaine, dans les domaines tels que les institutions démocratiques, les libertés fondamentales, la culture où le Conseil de l'Europe dispose d'un acquis et d'une expérience considérables. La position suisse a toujours été favorable au développement de cette complémentarité.

Présidence suisse

C'est dans cette période charnière pour le Conseil de l'Europe

que la Suisse est appelée à assumer la présidence du Comité des ministres. Dans la redéfinition de son rôle, l'Organisation a en effet engagé des révisions sur plusieurs plans importants de son action.

La Convention culturelle, qui compte actuellement déjà 30 Etats membres et couvre de larges domaines de coopération est l'objet d'un examen approfondi, afin d'actualiser son fonctionnement et de l'adapter au cadre élargi de ses participants. Un autre dossier en cours est celui de la Conférence permanente des pouvoirs locaux et régionaux d'Europe (CPLRE). Cet instrument de coopération européenne entre autorités locales et régionales a été institué en 1957 déjà. Actuellement, une réforme est devenue nécessaire pour donner une place plus grande aux régions, dans ce forum où les autorités locales sont depuis l'origine restées prépondérantes.

Finale, il y a lieu de mentionner le groupe de travail présidé par notre ambassadeur à

Strasbourg et qui a pour mandat de procéder à un réexamen – éventuellement à une révision – du statut de l'Organisation, à la lumière du rôle et de la place du Conseil de l'Europe dans le nouveau contexte européen.

Le semestre de présidence suisse (26 novembre 1991 – 7 mai 1992) sera donc en charge de ces dossiers importants pour l'avenir de l'Organisation.

Par ailleurs, le conseiller fédéral René Felber a placé comme accents particuliers de cette présidence les relations entre le Conseil de l'Europe et les Etats-Unis et le développement de la coopération Conseil de l'Europe/CSCE, ces deux objectifs étant liés. M. Felber a donc décidé de se rendre au début de 1992 à Washington, en compagnie du secrétaire général du Conseil de l'Europe, M^{me} Lalumière, afin de promouvoir un intérêt positif, voire un soutien de Washington pour l'Organisation strasbourgeoise. Cette visite constituera un point culminant de la présidence suisse au Conseil de l'Europe.

Riassunto

Sconvolgimenti sul Vecchio continente

Il nuovo ruolo del Consiglio d'Europa

di Ingrid Apelbaum

Il nuovo volto politico dell'Europa invita a una ridefinizione del ruolo delle varie istituzioni esistenti. Il compito primo del Consiglio d'Europa sembra essere quello d'integrare le nuove democrazie. Ma le rinate relazioni fra i due blocchi del continente impongono, quale condizione preliminare, lo sviluppo delle riforme democratiche nei paesi dell'Europa centrale e orientale. Sono dunque i valori difesi dal Consiglio d'Europa (diritti dell'uomo, democrazia) a costituire il punto di riferimento per l'unità europea e la futura cooperazione.

Dopo i primi movimenti d'emancipazione nel 1989, il Consiglio d'Europa si è immediatamente aperto ai paesi riformatori. La Svizzera partecipa attivamente alle sue azioni e ha finanziato nel 1990 un programma supplementare d'assistenza alle riforme democratiche. Il Consiglio federale ha accettato di aumentare del 10% il contributo annuo al bilancio del Consiglio d'Europa, per sostenerne l'azione. Attraverso lo «Statuto d'invitato speciale», suggerito dalla Svizzera, è stato possibile aprire l'Assemblea del Consiglio d'Europa alle delegazioni parlamentari dei paesi riformatori.

Il ruolo del Consiglio d'Europa sembra oramai paneuropeo. Mentre la CE per le nuove democrazie rappresenterà per molto tempo ancora un'immensa speranza, il Consiglio d'Europa è la prima tappa sul cammino dell'integrazione europea, per la ricerca comune di soluzioni ai pro-

blemi del nostro tempo (inquinamento, migrazioni, droga). Nella dimensione umana e in settori come le libertà fondamentali, la funzione della CSCE è invece complementare a quella del Consiglio d'Europa.

In questo importante momento di «ricucitura», la Svizzera è chiamata a presiedere il Comitato dei Ministri del Consiglio d'Europa che, nella ridefinizione del suo ruolo, ha promosso revisioni in vari settori importanti, onde attualizzarli alle nuove realtà politiche europee. Sotto la lente passeranno la Convenzione culturale e la Conferenza permanente dei poteri locali e regionali d'Europa. Poi, all'inizio del 1992, quale momento culminante della presidenza, il consigliere federale René Felber si recherà a Washington per incentivare le relazioni Consiglio d'Europa-USA.